

Inhaltsübersicht

Vorwort	13
Literaturverzeichnis.....	15
1. Teil	
Einführung.....	19
<i>A. Gründe für Wahlfehler.....</i>	<i>19</i>
<i>B. Konsequenzen von Wahlfehlern.....</i>	<i>20</i>
<i>C. Zweck der Wahlprüfung</i>	<i>21</i>
<i>D. Wahlfehler bei den Kommunalwahlen 2009.....</i>	<i>21</i>
<i>E. Quellen des Forschungsberichts</i>	<i>23</i>
<i>F. Aufbau des Forschungsberichts.....</i>	<i>25</i>
<i>G. Einführung in das Kommunalwahlrecht und das Wahlprüfungsverfahren.....</i>	<i>25</i>
2. Teil	
Wesentliche Aufgaben der Wahlorganisation in chronologischer Abfolge.....	29
<i>A. Möglichkeit zur Reduzierung der zu wählenden Vertreter.....</i>	<i>30</i>
I. Allgemeine Hinweise zu Art, Umfang und Zeitvorgaben.....	30
II. Empirische Befunde	31
1. Motivation für eine Vertreterreduzierung	31
2. Besondere Problemstellung bei der Bekanntmachung der Reduzierungssatzung.....	32
a) Sachverhalt.....	32
b) Rechtliche Bewertung der Fehlerbereinigung	33
c) Einschätzung des Risikopotenzials	33
<i>B. Einteilung der Wahlbezirke</i>	<i>35</i>
I. Allgemeine Hinweise zu Art, Umfang und Zeitvorgaben.....	35
II. Empirische Befunde	38
1. Ordnungsgemäße Besetzung des Wahlausschusses	38
a) Beisitzer des Wahlausschusses wird Bürgermeisterkandidat	39
b) Rechtsfolgen bei Rücktritt eines Mitglieds des Wahlausschusses	39
2. Kriterien für die Einteilung der Wahlbezirke	40
a) Stellungnahmen der Kommunen.....	40
b) Rechtliche Bewertung.....	41

aa) Höchst zulässige Abweichung von der durchschnittlichen Einwohnerzahl der Wahlbezirke	42
bb) Maßgebliche Einwohnerzahlen für die Wahlbezirkseinteilung.....	44
cc) Transparenzgebot und Begründungserfordernis bei der Einteilung der Wahlbezirke	45
<i>C. Wahl der Bewerber durch die Aufstellungsversammlung</i>	<i>46</i>
I. Bedeutung der Aufgaben, Fristen und wahlprüfungsrechtliche Relevanz	47
II. Regeln für das Aufstellungsverfahren der Parteien und Wählergruppen	48
III. Empirischer Befund	54
1. Entscheidungen des Landeswahlausschusses	55
a) Ausfüllung der Stimmzettel in der Aufstellungsversammlung.....	55
b) Wählbarkeit von Bewerbern	56
c) Widerruf von Unterstützungsunterschriften	56
d) Sonstige Gründe.....	56
2. Problemfälle aus der kommunalen Zulassungspraxis auf Grundlage der Fragebogenauswertung	56
a) Kandidatur für die Landratswahl und Eintritt für die freiheitlich demokratische Grundordnung	57
b) Rücknahme von Wahlvorschlägen wegen Verdachts von Übertritten zu anderen Parteien.....	57
c) Erschleichen einer Zustimmungserklärung	58
d) Umzug eines Bewerbers nach der Aufstellungsversammlung	59
e) Beschwerdeentscheidungen der Wahlausschüsse der Kreise	59
aa) Mindestanzahl von stimmberechtigten Mitgliedern in der Aufstellungsversammlung	60
bb) Rivalisierende Wahlvorschläge derselben Partei bzw. Wählergruppe	61
3. Problemfälle aus der kommunalen Zulassungspraxis auf Grundlage von Beiträgen im Fachforum	62
a) Reihenfolge auf der Reserveliste bei gleicher Stimmenzahl	62
b) Abberufung von Vertrauenspersonen	63
c) Tod eines Kandidaten auf der Reserveliste.....	64
d) Nachweis, dass der Vorstand nach demokratischen Grundsätzen gewählt wurde.....	64
IV. Allgemeine Folgerungen aus dem empirischen Befund.....	65
1. Gründe für die Fehleranfälligkeit.....	66

2. Kontakt zwischen Wahlamt und Parteien/Wählergruppen und zielgruppenorientierte Information	66
3. Bedeutung der Vorprüfungspflicht des Wahlleiters und der Zulassungsentscheidung.....	67
<i>D. Aufforderung des Wahlleiters zur frühzeitigen Einreichung der Wahlvorschläge.....</i>	<i>69</i>
I. Hinweise zum allgemeinem Wahlvorschlagsrecht.....	70
II. Empirischer Befund.....	76
1. Landesweite Statistik	76
2. Kommunale Stellungnahmen in den Fragebögen.....	78
3. Kommunale Problemstellungen aus dem Fachforum.....	79
a) Kennwort eines Einzelbewerbers.....	79
b) Anzahl der Unterstützungsunterschriften bei Selbstbewerbern um das Bürgermeisteramt.....	79
<i>E. Anlegung des Wählerverzeichnisses.....</i>	<i>80</i>
I. Allgemeine Hinweise zur Führung des Wählerverzeichnisses	80
II. Empirischer Befund.....	83
1. Auswertung der von den Kommunen ausgefüllten Fragebögen	83
2. Kommunale Problemstellungen aus dem Fachforum.....	84
a) Zuzug von Personen mit rückwirkender Ummeldung.....	84
b) Umzug von Wahlberechtigten innerhalb des Kreisgebietes	85
c) Eintragung in das Wählerverzeichnis beim Umzug innerhalb der Gemeinde vom 34. bis 16. Tag vor der Wahl.....	85
d) Wahlrechtsausschlussgründe	87
aa) Betreuung zur Besorgung aller Angelegenheiten	87
bb) Wahlrechtsausschluss infolge Richterspruchs.....	87
<i>F. Bestimmung, Bereitstellung und Herrichtung der Wahlräume</i>	<i>88</i>
I. Allgemeine Hinweise zur Abgrenzung der Stimmbezirke sowie zur Auswahl und Ausstattung der Wahlräume.....	89
II. Empirischer Befund.....	91
1. Kommunale Problemstellungen aus den Fragebögen.....	91
a) Video- bzw. Kameraüberwachung von Wahlräumen.....	91
b) Anfertigung von Filmen und Fotos im Wahlraum	92
2. Rechtsfragen der Auswahl von Rauchergaststätten als Wahlräume	92
<i>G. Berufung der Wahlvorstände</i>	<i>96</i>
I. Allgemeine Hinweise zu den Wahlvorständen.....	96
II. Empirischer Befund.....	100
1. Kommunale Stellungnahmen in den Fragebögen.....	100
a) Besonders bewährte kommunale Maßnahmen	100

b) Verbesserungsvorschläge seitens der Kommunen	101
c) Kommunale Änderungsvorschläge für den Landesgesetzgeber	102
2. Besondere kommunale Problemstellungen aus dem Fachforum	102
a) Ausschlussstatbestand der stellvertretenden Mitgliedschaft im Wahlausschuss	103
b) Ausschlussstatbestand der Kandidatur um das Bürgermeisteramt	103
c) Ausschlussstatbestand der Kandidatur für den Kreistag	103
d) Auslegung des § 2 Abs. 7 Satz 3 KWahlG	104
e) Wichtiger Grund für die Ablehnung des Wahlehenamtes	104
f) Berücksichtigung der in der Gemeinde vertretenen Parteien und Wählergruppen	105
g) Schulung der Wahlvorstände	105
h) Entlastung und Unterstützung der Wahlvorstände	106
aa) Consultingmanagement	107
bb) Beschwerdemanagement	108
<i>H. Prüfung der Wahlvorschläge</i>	<i>108</i>
I. Allgemeine Hinweise zum Prüfungs- und Zulassungsverfahren ..	109
II. Empirischer Befund	114
1. Anfechtung von Unterstützungsunterschriften	114
2. Form der Unterstützungsunterschriften	115
3. Frühestmöglicher Beginn der Sammlung von Unterstützungsunterschriften	116
4. Unvollständige Angaben auf den Formblättern für Unterstützungsunterschriften	117
5. Falschbezeichnung von Bewerberdaten auf dem Stimmzettel	118
6. Rechtsstellung der Vertrauenspersonen	118
a) Einladung der stellvertretenden Vertrauenspersonen zur Sitzung des Wahlausschusses	118
b) Vereinbarkeit der Eigenschaft als Bewerber mit der als Vertrauensperson	119
7. Formerfordernisse der Zustimmungserklärung	119
8. Kennwort eines Einzelbewerbers	120
III. Allgemeine Bewertung und Folgerungen aus den empirischen Erkenntnissen	120
1. Gründe für die besondere Fehleranfälligkeit	120
2. Wichtige Hinweise des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW zum Umgang mit Unterstützungsunterschriften	121

3. Besondere Bedeutung der Vorprüfungspflicht des Wahlleiters sowie des Vieraugenprinzips im Zulassungsverfahren.....	121
<i>I. Druck der Stimmzettel.....</i>	<i>122</i>
I. Allgemeine Hinweise zur Herstellung und Verteilung der Stimmzettel.....	122
II. Empirischer Befund.....	124
1. Reihenfolge der Wahlvorschläge	124
2. Übertragungsfehler auf den gedruckten Stimmzetteln	126
a) Fehlerhafte Zuordnung der Ordnungsziffern.....	126
b) Fehlende bzw. fehlerhafte persönliche Daten der Bewerber	127
3. Fehlerhafte Zuordnung der gedruckten Stimmzettel	127
a) Herstellung und Verteilung von unterschiedlichen Stimmzetteln für den gleichen Wahlbezirk.....	127
b) Vertauschung von Stimmzetteln und Versendung von Briefwahlunterlagen mit fehlerhaften Stimmzetteln.....	128
aa) Sachverhalt	128
bb) Rechtliche Würdigung	129
4. Zeitdruck bei der Erstellung der Stimmzettel	133
<i>J. Organisation der Briefwahl.....</i>	<i>133</i>
I. Allgemeine Hinweise zur Organisation des Briefwahlgeschäfts ..	133
II. Empirischer Befund.....	136
1. Kommunale Stellungnahmen in den Fragebögen.....	137
a) Typische Fehlerquellen.....	137
b) Verbesserungsvorschläge für die nächste Wahl	137
c) Besonders bewährte kommunale Maßnahmen	138
2. Besonders kommunale Problemstellungen aus dem Fachforum	138
a) Vertretungsberechtigung bei der Beantragung von Briefwahlunterlagen.....	138
b) Wahlscheinantrag nach Umzug innerhalb der Gemeinde	139
c) Fehlerhafte Zuordnung von Wahlberechtigten zu einem Wahlbezirk und daraus resultierende Falschangaben auf der Wahlbenachrichtigungskarte und den Briefwahlunterlagen (fehlerhafte Stimmzettel)	140
d) Verzögerte Zustellung von unfrankierten Wahlscheinanträgen durch den Postdienstleister.....	141
aa) Sachverhalt	142
bb) Rechtliche Würdigung	143
e) Versehentliche Vernichtung von eingegangenen Wahlbriefen.....	152
aa) Sachverhalt	153
bb) Rechtliche Würdigung	154

cc) Wahlprüfungsrechtliche Entscheidungen	157
dd) Rechtsstellung der von der Wahlprüfungsentscheidung betroffenen Mandatsträger	158
<i>K. Wahltag</i>	160
I. Allgemeine Hinweise zur Rechtslage am Wahltag	160
II. Organisatorische Hinweise zum Wahltag	163
1. Aufgaben	164
2. Beispiel für einen Ablaufplan am Wahltag.....	164
III. Empirischer Befund	166
1. Kommunale Stellungnahmen in den Fragebögen	167
a) Fehleranfälligkeit der Tätigkeit der Wahlvorstände	167
b) Schulung und Betreuung der Wahlvorstände	167
2. Einhaltung der Öffentlichkeit.....	168
a) Sachverhalt.....	168
b) Rechtliche Würdigung	170
aa) Wahlfehler	170
bb) Mandatsrelevanz	170
<i>L. Amtliche Neutralitätspflicht</i>	172
I. Allgemeine rechtliche Hinweise.....	172
1. Verletzung der Neutralitätspflicht als Wahlfehler	172
2. Mandatsrelevanz	175
II. Empirischer Befund.....	176
1. Fälle in anderen Bundesländern.....	176
2. Fälle während der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen	178
a) Offenbarung von Haushaltsdefiziten	178
b) Wahlwerbung über das städtische Intranet.....	179
aa) Sachverhalt	179
bb) Rechtliche Würdigung	180
<i>M. Feststellung der Ergebnisse</i>	180
I. Allgemeine Hinweise.....	180
II. Empirischer Befund.....	182
1. Anwendung des Divisorverfahrens mit Standardrundung....	182
a) Ausweitung der gesetzlichen Mitgliederzahl der kommunalen Vertretungen.....	182
b) Erfolgswert der Stimmen	185
c) Klagen gegen das Sitzberechnungsverfahren	185
aa) Entscheidungen betreffend die Ratswahl.....	185
bb) Entscheidungen betreffend die Wahl der Bezirksvertretungen	186
2. Fehlen einer Sperrklausel oder eines Mindestsitzanteiles	187

3. Wegfall der Stichwahl bei der Wahl der Bürgermeister und Landräte.....	188
4. Verfahren nach Feststellung des Wahlergebnisses durch den Wahlausschuss	189
a) Sachverhalt.....	189
b) Rechtliche Würdigung	190
Anlage: Fragebogen	199